

Saußler Reichstag

belasten, aufgehoben, aber keine neuen Lasten dieser Art eingeführt. Auch England hat nicht nur direkte Steuern eingeführt. Der englischen Regierung ist von den Arbeiterführern doch gerade vorgeworfen, daß sie den Unterhalt des armen Mannes in bisher ganz unerhörter Weise belastet hat. Sie hat den Tee höher besteuert, sie hat für das Bier Sätze eingeführt, die nach unsern Grundsätzen geradezu phantastisch sind. Der Zucker, der auch in England ohnehin schon sehr teuer ist, ist mit außerordentlich hohen Steuerätzen getroffen worden. Auch Tabak, Kakao, Kaffee, Kaffee-Erfräsmittel, getrocknete Früchte, Marmeladen usw. werden hoch besteuert. Ich erkenne allerdings an, daß England in sehr großem Umfange die direkten Steuern herangeholt hat. Aber es hat mit direkten Steuern allein nicht auskommen können, und solche indirekten herbeigeführt, von denen ich hoffe, daß wir sie werden vermeiden können. Sorgen Sie dafür, daß man draußen in der Öffentlichkeit dem, was wir bringen werden, ein unbefangenes und ruhiges Urteil entgegenbringt. (Beifall.)

Graf Westarp (kons.): Auf die juristischen Schwierigkeiten, die sich der Konstruktion des zu erwartenden Gesetzes über die übermäßigen und unlauteren Kriegsgewinne entgegenstellen, will ich nicht weiter eingehen; erkenne aber gern an, daß sie nicht leicht zu lösen sein werden. In der Begründung des Antrags muß von Anfang an ein Gesichtspunkt ganz besonders in den Vordergrund gerückt werden, der auch bei Ausarbeitung des Gesetzes nicht unberücksichtigt bleiben darf: wir müssen alles vermeiden, was den Eindruck hervorrufen könnte, als wollten wir gegen Industrie, Handel und Landwirtschaft als solche einen Vorwurf erheben. Davon kann keine Rede sein. Unsere Unternehmungen in Industrie, Handel und Landwirtschaft haben sich ungeheure Verdienste auch während der Kriegszeit erworben, Verdienste, die darauf beruhen, daß die Betriebe mit großer organisatorischer Kraft und Entschlossenheit auf die Erfordernisse des Krieges eingerichtet worden sind. Dazu gehört eine ungeheure wirtschaftliche Gewandtheit, aber auch Unternehmersinn und Unternehmertum. Das Gesetz muß scharf hervorheben, daß es sich nur gegen Ausnahmefälle wenden will.

Lic. Mumm (Wirtsch. Bp.): Der Schahssekretär kann mit der Aufnahme des Gesetzes zufrieden sein. Es war eine allgemeine Harmonie, die sogar die Herren Goßeln und v. Brockhausen umschloß. (Heiterkeit.)

Dr. David (B.) tritt nochmals für den sozialdemokratischen Antrag ein. Schlachten wollen wir die goldene Henne nicht, aber Federn muß sie lassen! Lässig rupfen wollen wir sie! (Heiterkeit.)

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Die einzige Steuervorlage, die bisher feststeht, ist die Kriegsgewinnsteuer, und das ist eine sehr scharfe direkte Steuer. Auf Steuerdiskussionen über Gesetze, denen die verbündeten Regierungen noch nicht zugestimmt haben, kann ich mich nicht einlassen. (Sehr richtig!) Mit allem Nachdruck muß ich aber nochmals betonen, daß wir die notwendigen Bedürfnisse des Volkes nicht weiter belasten wollen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß der Ertrag des Kriegsgewinnsteuergesetzes nicht mehr in dem Etat für 1916/17 zum Ausdruck kommen könne, weil die Veranlagung erst am 31. Dezember des kommenden Jahres erfolgen soll. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Wehrbeitrag gleichfalls am 31. Dezember 1913 veranlagt wurde, daß aber das erste Drittel des Wehrbeitrags schon in dem Etat für 1913/14 verrechnet worden ist. Die gegenwärtige Situation macht es notwendig, daß unserer Bevölkerung klar gemacht wird, daß große finanzielle Ansprüche an sie herantreten, und daß es unmöglich sein wird, alle diese Ansprüche aus einer einzigen Steuerquelle zu befriedigen. Wir haben nicht nur mit dem Reich zu tun, sondern auch mit den Einzelstaaten und Kommunen. Alle diese Körperschaften müssen auch über den Krieg hinaus am Leben erhalten bleiben. Deshalb bitte ich die Herren, die Vorlagen, die kommen werden, als ein Ganzes zu betrachten und mit dem in Zusammenhang zu sehen, was in den Einzelstaaten geschehen ist oder noch geschieht. Eine gerechte Würdigung ist, wie ich annehme, auch Ihr Wunsch und liegt auch Ihnen am Herzen. (Lebhafte Beifall.)

Damit schließt die Aussprache.
Paragraph 1 wird unverändert angenommen. Ebenso die Paragraphen 2 bis 7.

Auf eine Anfrage des Abg. Schiffer-Magdeburg (nl.) erklärte Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich: Die Bedeutung der von dem Ausschuss eingeführten Bestimmung des Paragraphen 8, daß die Sonderrücklage der freien Verfügung der Gesellschaften entzogen ist, muß in den Ausführungsbestimmungen noch klargestellt werden. Die Reserve soll jedenfalls niemals mehr als die Hälfte des gesamten Mehrgewinns betragen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dove (Bp.), Schiffer-Magdeburg (nl.), Dr. Südekum (B.), Merlin (Rp.) und Dr. Bunn (Fortshr. Bp.) wird Paragraph 8 in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes, sowie die Resolutionen des Ausschusses. Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Darauf wird das Gesetz auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Die Kriegsabgabe der Reichsbank.

Nach dem Beschluß des Ausschusses fallen drei Viertel des Gewinnes an das Reich. Die Sozialdemokraten beantragen, den ganzen Gewinn dem Reich zu überlassen.

Abg. Keil (B.) begründet diesen Antrag.

Reichsbankpräsident **Havenstein** bittet dringend um Ablehnung. Der Staat erhält vom Gewinn der Reichsbank, der 1915 rund 220 Millionen beträgt, nicht weniger als 199 Millionen. Davon sind vorweg 165 Millionen Kriegssteuer. Das ist eine genügende Belastung.

Dr. Arendt (Rp.): Ich bin immer für Übernahme der Anteile der Reichsbank auf Rechnung des Reichs eingetreten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann ich aber für den sozialdemokratischen Antrag nicht stimmen.

Dr. Dove (Fortshr. Bp.) spricht ebenfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag. Die Reichsbank hat Ausgezeichnetes geleistet. Sie hat ein ungeheures Risiko auf sich genommen zu Anfang des Krieges.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, die Vorlage in der Fassung des Ausschusses in zweiter und sogleich auch in dritter Lesung angenommen.

Dienstag 11 Uhr: Kleine Anfragen, Kreditvorlage, Familienunterstützungen.

Der Präsident teilt mit, daß der Abg. Dr. Diebknecht weitere von ihm gestellte Anfragen abgeändert und damit zurückgezogen hat. Die abgeänderten Anfragen kommen nach den Ferien auf die Tagesordnung. Schluß 6 Uhr.

♣ **Berlin, 20. Dez. (Telegr.)** Der Reichshaushaltsausschuss des Reichstags trat Montagabend nach der Vollziehung zusammen, stellte den Bericht über die Beratung der militärischen Fragen fest und beschloß, die nächste Sitzung am 10. Januar abzuhalten.

WTB Berlin, 20. Dez. (Telegr.) Der Hauptausschuss des Reichstags beriet den Zentrumsantrag, ob nicht die Postbeförderungsgebühren für Soldatenpakete im Operations-Etappegebiet bis 500 Gramm herabgesetzt oder die Gewichtsgrenze erhöht werden könne. Der Staatssekretär des Reichspostamtes bezeichnete den Antrag als undurchführbar, der Antrag wurde jedoch vom Ausschuss angenommen.